Die etwas andere Sicht über die Deutschen in der Rolle als Täter und Opfer

Mit Textauszügen und Anmerkungen
aus Anlaß der Veröffentlichung der Arbeiten von

Werner Onken mit den Titeln:

Das Verhältnis der Geld- und Bodenreform zum Judentum und zum Antisemitismus

und

Gefahren für die Geld- und Bodenreform von rechts - Kritische auseinandersetzung mit den Programmen von NPD und PNOS

von

Tristan Abromeit
www.tristan-abromeit.de

Oktober 2007

Anhang 5

Text 55.6.1

(15 + 15 Seiten)

Die Zinsknechtschaft I

Beiträge von und Hinweise auf:

Josef Hüwe / War Gottfried Feder von Silvio Gesell "beseelt"?

Anmerkung von Ernst Winkler zu Gottfried Feder

Gesell zu Feder

Je zwei Links und Beiträge zur „Zinsknechtschaft" aus dem Internet

Zum Vergleich: Eigennutz bei der NSDAP und in der Freiwirtschaft

Auszüge aus: Der nationale Sozialismus von Rudolf Jung

Startseite www.geldreform.de
Dezember 2001:
Mail: J.Huewe at t-online.de
Josef Hüwe:

Zur Kontroverse zwischen Freiwirtschaft und NSDAP
War Gottfried Feder von Silvio Gesell "beseelt"?
Vorurteile gegen die Freiwirtschaftsbewegung aufgrund der NS-Parole "Brechung der Zinsknechtschaft".

"Abschaffung des arbeits- und mühelosen Einkommens, Brechung der Zinsknechtschaft", so heißt es im Punkt 11 des Grundsätzlichen Programms der NSDAP vom 24.2.1920. In demselben Jahr erschien "Das Manifest zur Brechung der Zinsknechtschaft des Geldes" von dem NS-Vordenker Gottfried Feder (1883-1941). Diese müsse beim Leihkapital einsetzen. "Der Leihzinsgedanke ist die teuflische Erfindung des Großleihkapitals." (1)

In seinem Buch "Der deutsche Staat auf nationaler und sozialer Grundlage" (3. Aufl. 1924) erklärt Feder: "Unter Zinsknechtschaft ist zu verstehen die zinspflichtige Verschuldung von Staat und Volk gegenüber den überstaatlichen Geldmächten." An anderer Stelle spricht er von der "Zinsknechtschaft des jüdischen Weltwucherkapitals". (2)

Zentraler Punkt des Federschen Lösungsvorschlags ist die "Finanzierung aller großen öffentlichen Aufgaben – Ausbau der Wasserkräfte, Verkehrswege – unter Vermeidung des Anleiheweges durch Ausgabe zinsloser Staatskassengutscheine." (3) Zu den öffentlichen Aufgaben zählte er später auch die Rüstungsproduktion. **Feder hat jedoch keinerlei Vorschläge gemacht für zinslose Verschuldungen innerhalb des privaten Sektors, der Staatsbürger untereinander, und einen Abbau des Zinses dafür auch gar nicht gefordert.** (3a)

Adolf Hitler war von Feder sogleich sehr angetan, als er ihm im Jahre 1919 begegnete: "Zum ersten Mal in meinem Leben vernahm ich eine prinzipielle Auseinandersetzung mit dem internationalen Börsen- und Leihkapital." (4) Feder hat auf das Programm der NSDAP wesentlichen Einfluß gehabt. Er wurde ihr führender Wirtschaftstheoretiker.

Silvio Gesell (1862-1930)

Unbelastet durch einen Glauben an Verschwörungstheorien sah Gesell in der Hortbarkeit des Geldes, in dessen Überlegenheit gegenüber den Waren, die Ursache des Zinses und einen entscheidenden Hinderungsgrund dafür, daß Sachkapital- und Geldkapitalzinsen im Zuge einer Wirtschaftsblüte nicht gegen null sinken. Vielmehr häufen sich "durch das System der Zinsen die Capitalien unnatürlich soweit an, daß die Schulden, die diesen Capitalien entsprechen, trotz des besten Willens und angestrengtester Arbeit nicht mehr verzinst werden können und den Bankrott der Schuldner zur Folge haben." (5)

Mit seinem Hauptwerk "Die natürliche Wirtschaftsordnung" (NWO)(6) hat der deutsch-argentinische Kaufmann eine Lehre von der Eigengesetzlichkeit des Wirtschaftswesens vorgelegt, ein Gesamtkonzept, in dem er die Ungerechtigkeit der Einkommensverteilung, die Ausbeutung der Arbeit und die Ursachen von Wirtschaftskrisen in Verbindung mit dem Prinzip von Zins und Zinseszins aufzeigt. Seine Lösungsvorschläge sind mit den Begriffen Freiland, Freigeld, Freihandel und Festwährung umschrieben. Zum Beispiel soll mittels einer Umlaufsicherung des Geldes, durch Erhebung von Gebühren auf Liquiditätsspeicherung (Hortung), diese verhindert werden und das Zinsniveau bei stetiger Kapitalvermehrung und zunehmender Bedarfsdeckung (Sättigung) auf null sinken können, ausgenommen die Zinsbestandteile Bankgebühren und Risikoprämien. Somit würden die Arbeiter, zu denen auch der arbeitende Unternehmer zu zählen ist, den vollen Arbeitsertrag erhalten. Auch J.M. Keynes hat später die Auffassung vertreten, die relative Kapitalknappheit könne allmählich überwunden werden, so daß Kapital keinen Zins mehr abwerfen würde.(7) (Voraussetzung wäre heute allerdings, daß die Nachfrage nach Kapital nicht mehr laufend künstlich gesteigert würde durch wachsende Staatsverschuldung und Subventionspolitik.) Gesell strebte also mit entsprechenden Rahmenbedingungen eine rein marktwirtschaftliche Lösung des Zinsproblems an und keinen Dirigismus, kein willkürliches Eingreifen des Staates in das Wirtschaftsgeschehen selbst, vorbei an realen Marktverhältnissen.

Feder von Gesell "beseelt"?

Bei oberflächlicher Betrachtung der Gesellschen Forderung nach Abbau des Zinses stellt sich leicht die Assoziation "NS-Parole Brechung der Zinsknechtschaft" ein. Daraus werden dann häufig voreilige Schlußfolgerungen gezogen und Vorurteile konstruiert. Carl Amery zum Bei-

spiel meinte, Feder sei von Gesell "beseelt" gewesen. (8) Einen Nachweis für diese Behauptung ist Amery schuldig geblieben. Derartige Annahmen werden oft nachgeplappert und um weitere angereichert, wie Faschismus und Rassismus, oder um seltsame Blüten von Küchenlogik: Kritik am Zins sei Zeichen von Antisemitismus, weil die Juden im Mittelalter als Zinsnehmer "par excellence" gegolten hätten!

Feder, die NSDAP und Gesell

Was ist dran an der Behauptung, Feder sei von Gesell "beseelt" gewesen? Sind sich die beiden überhaupt jemals begegnet? Ja, in den Tagen, als Gesell Finanzminister in der Münchener Räterepublik war (April 1919). Am Rande einer vom "Vortrupp" veranstalteten Versammlung trafen an einem Abend im Restaurant "Ceres" in München zusammen: Gesell, sein Mitarbeiter Dr. Christen, Feder und dessen Mitstreiter Bothmer und Dietrich Eckart. Letzterer, ein Freund und Mitarbeiter Hitlers, hat darüber berichtet, und zwar mit sehr abfälligen Worten und mit häßlichen antisemitischen Ausfällen gegen Dr. Christen. (9) Eckart fügt seinen Ausführungen hinzu: "Überhaupt, was haben diese beiden Finanzgenies, er und Gesell, für leeres Stroh gedroschen an diesem Abend! Die aschgraueste Theorie, ohne einen Funken lebendigen Geistes, Worte, nichts als Worte!"

Wie reagierten Feder und die NSDAP in der Folgezeit auf Gesells Reformvorschläge?

- Im November 1920 veröffentlichte die Zeitschrift "Hammer" (Nr. 441) einen Artikel Feders mit dem Titel "Die Irrlehre des Freigeldes".

- Die Vorschläge Gesells sind zwar von einigen Mitgliedern der NSDAP aufgegriffen und diskutiert worden, sie wurden aber auf einer zwischenstaatlichen Tagung in Linz im August 1921 von der Partei restlos abgelehnt. Darüber berichtet Feder ausführlich in drei Folgen der Zeitschrift "Volk und Gemeinde. Monatsblätter für nationalen Sozialismus und Gemeindepolitik", Jahrgang 1922, Folgen 3, 5 und 8.

- In einer Beilage zum "Völkischen Beobachter" vom 27.10.1923 hat der NS-Wirtschaftsexperte in einem Beitrag mit dem Titel "Falsche Propheten und Schwarmgeister" Gesell als den gefährlichsten "dieser deutschen Propheten" bezeichnet.

- In seinem Buch "Der deutsche Staat auf nationaler und sozialer Grundlage" (3. Aufl. 1924,

S. 171) schreibt Feder: " Silvio Gesell gehörte zu den höchst problematischen Existenzen, die in den schlimmsten Zeiten der Münchener Räterepublik an die Oberfläche geschwemmt worden sind." Er habe "mit den damaligen jüdischen Bluthunden gemeinsame Sache gemacht". Auch hier kritisiert Feder Gesells Konzept als "Irrlehre".

Für einen Einfluß Gesells auf Feders "Brechung der Zinsknechtschaft" und umgekehrt gibt es keinerlei Anzeichen, geschweige denn, dass Feder von Gesell "beseelt" gewesen wäre.

Kritik seitens der Freiwirtschaftler

Vertreter der Freiwirtschaftslehre übten ihrerseits scharfe Kritik an Feders Vorstellungen und am Wirtschaftsprogramm der Nationalsozialisten. Einige der Hauptkritikpunkte waren: Verkennung der Ursache des Zinses, das Fehlen einer Kapitaltheorie, einseitige, negative Bewertung des Leihkapitals, diesbezüglich personenbezogenes Feindbild (Juden!), Verstaatlichung des Kredits, der Börsen und Banken, Außerachtlassung des Währungsproblems.

So kam zum Beispiel Dr. B. Uhlemayr 1923 in einem längeren Beitrag zu dem Schluß: "Das Wirtschaftsprogramm der Nationalsozialisten ist dilettantenhaft und deshalb gefährlich. Vom Standpunkt der freiwirtschaftlichen Erkenntnis aus muß es auf das schärfste bekämpft werden. Ein Pakt mit dem Nationalsozialismus ist für uns unmöglich..." (10)

In demselben Jahr bezeichnete der Freiwirtschaftler Otto Maaß Feders "Brechung der Zinsknechtschaft" sogar nur als eine "leere Redensart". (11) Ein solches Urteil mag zwar den Bemühungen Feders nicht ganz gerecht werden, regt aber dazu an, zeitlich einen Bogen zu schlagen zu der Feststellung Erich Fromms Anfang der vierziger Jahre, Hitler habe sein Versprechen, die Zinsknechtschaft zu brechen, nie eingelöst. (12) Zehn Jahre früher hatte schon der Kommunist Ernst Niekisch den Hitlerschen "Sozialismus" als "ein Taschenspielerkunststück der kapitalistischen Ordnung" bezeichnet. Hitler habe den Unterschied zwischen raffendem und schaffendem Kapital gemacht, "wobei es am Ende keinen reichen Mann mehr gab, dem es verwehrt worden wäre, sich dem schaffenden Kapital zuzurechnen." (13)

Auch Karl Walker, ein führender Wirtschaftstheoretiker der Freiwirtschaftsbewegung, hat noch kurz vor der Machtergreifung den Nazis, speziell auch Feder, gravierende geldtheoretische Defizite und Ratlosigkeit in der Währungsfrage vorgehalten. (14)

In Gesells Veröffentlichungen sind Feder und die NSDAP kein Thema.

Gesellianer einflußlos und Feder kaltgestellt

Feder erhielt nach der Machtergreifung Hitlers keine wirklichen Machtbefugnisse. Er wurde auf den relativ unbedeutenden Posten eines Staatssekretärs für die Wirtschaft abgeschoben. "Die Steuern und der Zinsfuß waren genauso drückend wie früher, von der 'Brechung der Zinsknechtschaft', die Feder – jetzt Staatssekretär – seinerzeit versprochen hatte, konnte keine Rede sein." (15) Hjalmar Schacht setzte als Wirtschaftsminister im Jahre 1934 Feders Entlassung durch. Er konnte ihm das Schlagwort "Brechung der Zinsknechtschaft" nicht vergeben. (16) Die von Schacht eingeleiteten Maßnahmen zur Wiederbelebung der Wirtschaft beruhten allerdings zum Teil auch auf Ideen des NS-Vordenkers. (17)

Gesell aber und die Freiwirtschaftstheorie waren nicht nur bei Feder auf Ablehnung gestoßen. Gesell war für Hitler ein "rotes Tuch", wie SA-Stabschef Röhm bemerkt haben soll. (18) Der Freiwirtschaftsbund wurde bald nach Hitlers Machtergreifung verboten. (18a)

Die Freiwirtschaftsbewegung ist ohne Einfluß auf den Nationalsozialismus geblieben. Weder wurde die Zinsproblematik noch die Bodenfrage noch das Währungsproblem gelöst. Die Wirtschafts- und Geldpolitik des Hitlerregimes hat schließlich Deutschland die zweite große Inflation beschert, die 1948 eine Währungsreform erforderlich machte.

NWO und NS-Ideologie unvereinbar

Gesells Geisteshaltung und sein Gesamtkonzept waren a priori unvereinbar mit der Nazi-Ideologie. Er war Kosmopolit, dachte weder nationalistisch noch autoritär. (Gesell hat auch eine internationale Währungseinheit vorgeschlagen.) Die Gleichberechtigung aller Menschen war für ihn selbstverständlich, und er hatte keine Rassenvorurteile. Von seiner Wirtschaftsordnung erhoffte er sich eine Höherentwicklung der Menschen. Ein Gesellscher Sozialdarwinismus – auch ein immer wieder erhobener Vorwurf – kann davon aber nicht abgeleitet werden. Durch Gesells hier und da sozialdarwinistisch klingendes Vokabular sollte man sich nicht darüber hinwegtäuschen lassen, daß sein Gesamtkonzept den Vorstellungen des Sozialdarwinismus **nicht** entspricht. (19)

Und statt antisemitischer findet man bei Gesell eher prosemitische Äußerungen. Zum Beispiel: "Die Judenhetzerei ist eine colossale Ungerechtigkeit und eine Folge einer ungerechten Einrichtung, eine Folge des heutigen Münzwesens." ..."Die Münzreform schützt die Juden nicht allein vor jeder weiteren Verfolgung, sondern sie sichert auch der deutschen Wissen-

schaft und Gesetzgebung die Mitwirkung jüdischen Scharfsinnes." [20] (Der Begriff Münze meint hier selbstverständlich auch das Papiergeld. Der Verf.)

Die Kritik Gesells an der traditionellen Geldordnung und an den negativen Auswirkungen von Zins und Zinseszins ist keinesfalls antisemitisch gemeint. Auch der bisweilen zu hörende Faschismusvorwurf trifft völlig daneben. Zahlreiche Mitbürger verschließen heute noch vor der Zinsfrage die Augen, weil sie meinen, sie würden andernfalls der NS-Parole "Brechung der Zinsknechtschaft" folgen. So steht noch heute so mancher unter dem Einfluß der NS-Lügenpropaganda und hat insofern die Vergangenheit noch nicht bewältigt.

Trotz der Unvereinbarkeit von Gesells NWO und der NS-Ideologie und trotz der unüberbrückbaren Divergenzen zwischen Feder und Gesell haben etliche Vertreter freiwirtschaftlicher Reformvorschläge Hoffnungen auf Hitler gesetzt und versucht, Einfluß auf das Wirtschaftsprogramm der NSDAP zu nehmen, allerdings ohne Erfolg.[21] Ein derartiges Fehlverhalten und der entsprechende Mißbrauch von Gesells Reformvorschlägen kann aber selbstverständlich weder diesem noch der Freiwirtschaftsbewegung insgesamt angelastet werden.

Feders Vordenker

Bleibt noch die Frage zu beantworten: Von wem war Feder "beseelt", wenn nicht von Gesell? Darüber hat der Wiener Wirtschaftswissenschaftler Gerhard Senft Nachforschungen angestellt.[22] Feder selbst gibt in seinem Buch "Der deutsche Staat auf nationaler und sozialer Grundlage" einen Hinweis auf die Quellen, aus denen er schöpft. Wie Senft herausgefunden hat, waren es insbesondere die Publikationen von zwei Geldreformern der bis zur Jahrhundertwende nicht unbedeutenden Wiener Schule, Wenzel Schober und Prof. Josef Schlesinger, zwei schlimmen Antisemiten. Schlesinger wurde 1899 von Karl Kraus in der Zeitschrift "Die Fackel" als Plagiator Houston Stewart Chamberlains entlarvt, der als einer der wesentlichen Vorläufer des Nationalsozialismus gilt.

Auf die teils dubiosen geldtheoretischen und geldpolitischen Ansichten jener Wiener Geldreformer ist hier nicht weiter einzugehen. Gesell hatte mit ihnen jedenfalls nichts zu tun. Er machte damals in Argentinien als selbständiger Kaufmann aufgrund von Beobachtungen der Preisbewegungen ganz allein und ideologiefrei seine eigene Entdeckung der besonderen Eigenschaften des traditionellen Geldes und der darauf beruhenden diversen negativen Auswir-

kungen auf Wirtschaft und Gesellschaft.

Laut Senft läßt sich "klar nachvollziehbar aufbereiten, daß nicht nur der extreme Antisemitismus der NSDAP, sondern auch die Kernteile ihres Wirtschaftsprogramms Importartikel aus dem Wien der Jahrhundertwende gewesen sind."

Anmerkungen:

1) Gottfried Feder: Das Manifest zur Brechung der Zinsknechtschaft des Geldes. 1920, S. 5.
2) Gottfried Feder: Der deutsche Staat auf nationaler und sozialer Grundlage. 1935, S. 37.
3) Wie Anm. 2, S. 43.
3a) So auch Feders Biograph Arthur Herrmann in seinem Buch: Gottfried Feder. Der Mann und sein Werk. 1933, S. 36.
4) Adolf Hitler: Mein Kampf. 1939, S. 229.
5) Silvio Gesell: Die Reformation im Münzwesen als Brücke zum socialen Staat. 1891. In: Gesell/Gesammelte Werke Bd. 1, 1988, S. 41.
6) Erste Auflage unter dem Titel: Die natürliche Wirtschaftsordnung durch Freiland und Freigeld. 1916.
7) J.M. Keynes: Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes. 1936, S. 317.
8) Carl Amery: Die philosophischen Grundlagen und Konvergenzen der Alternativbewegung. In: Lüdtke/Dinné (Hg.): Die Grünen – Personen, Projekte, Programme. Stuttgart 1980, S.13
9) Dietrich Eckart in "Auf gutdeutsch – Wochenschrift für Ordnung und Recht." 1. Jg. 1919, Nr. 19/20, S. 300-302. Eckart war Chefredakteur des Völkischen Beobachters.
10) Dr. B. Uhlemayr: Das Wirtschaftsprogramm der NSDAP. In: Die Freiwirtschaft durch Freiland und Freigeld. Hefte Juni und Juli 1923. Sonderdruck S. 2f.
11) Otto Maaß: Die Brechung der Zinsknechtschaft durch G. Feder. In: Wie Anm. 10, S. 13.
12) Erich Fromm: Die Furcht vor der Freiheit. 1941. 2. Aufl. 1983, S. 191.
13) Ernst Niekisch: Hitler – ein deutsches Verhängnis. 1932, S. 17 u. 25.
14) Karl Walker: Das Problem unserer Zeit und seine Meisterung. 3. Aufl. 1932.
15) Charles Bloch: Die SA und die Krise des NS-Regimes 1934. 1970, S. 51 u. 90.
16) Wie Anm. 15, S. 141/142.
17) G. Stolper: Deutsche Wirtschaft 1870-1940. 1950.
18) Will Noebe: Geheime Mächte. 1965, S. 102.
18a) Hans-Joachim Werner: Geschichte der Freiwirtschaftsbewegung.1990(1989) S. 90/91.
19) Josef Hüwe: Entspricht das Konzept der "Natürlichen Wirtschaftsordnung" Silvio

Gesells den Vorstellungen von Sozialdarwinisten? In: DER DRITTE WEG, 9/1994.
20) Silvio Gesell: Nervus rerum – Fortsetzung zur Reformation im Münzwesen. 1891. In: Gesell/Gesammelte Werke Bd. 1, 1988, S. 140/141.
21) Hans-Joachim Werner: Geschichte der Freiwirtschaftsbewegung. 1990 (1989).
Günter Bartsch: Die NWO-Bewegung Silvio Gesells. 1994.
Günter Bartsch und Werner Onken: Natürliche Wirtschaftsordnung unter dem Hakenkreuz. Anpassung und Widerstand. 1996.
22) Gerhard Senft: Vom "Volksgeld" zum "Mefo-Wechsel". Über Ursprung und Wesen der nationalsozialistischen Geld- und Finanzpolitik. In: Zeitschrift für Sozialökonomie, 85. Folge, Juni 1990.

oooooooooooooooo

Anmerkung von Ernst Winkler (Theorie der Natürlichen Wirtschaftsordnung) zu Gottfried Feder

in einem Brief vom 3. 8. 84 an TA:

3. Den Kopie-Auszug aus der Schrift von Gottfried Feder habe ich mit Interesse gelesen. Ich wuißte zwar, daß er Gesell angreift und ablehnt, weiß aber immer noch nicht, ob dies eine spätere Entwicklung war und ob er ursprünglich durch Gesell zu seinen Gedanken von der "Brechung der Zinsknechtschaft" angeregt wurde. Übrigens sind seine Argumente beherzigenswert, weil sie zwar falsch sind, aber eine schwache Stelle der oft üblichen freiwirtschaftlichen Argumentation treffen. Wie Gesell selbst ganz klar sagt, wird der "Zins" der Sachgüter, also die Realkapitalrendiite, durch Vermehrung dieses Sachkapitals überwunden ("ersäuft in einem Meer von Kapital"). Dieser natürliche und sich ständig wiederholende Prozeß wird aber durch unser Geldwesen (nämlich seine Hortbarkeit, also Liquiditätspräferenz) stets beim Absinken auf die kritische Grenze von ca, 3% Zins (Rendite) unterbrochen. Hier kommt Gesells Reformvorschlag zum Tragen.

oooooooooooooooo

Gesell zu Feder

Im Register-Band zu den gesammelten Werken Gesells ist nur ein Hinweis zu Gottfried Feder auf Band 18, Seite 222 zufinden. Es heißt dort in einem Schreiben von Gesell an Georg Blumenthal:

Der *„Physiokrat"* ist nun sehr gut gelungen. Du bist recht fleißig gewesen. Sei so gut, mir 100 Exemplare zu schicken. Ich will davon einen Posten in die bayerische Festungshaft schicken – Niederschönenfeldt. Auch will ich bei *Schwarz* anfragen, wieviel er davon nützlich verwenden kann.
Der Federartikel im *„Hammer"* * könnte für uns nicht besser geschrieben sein. Die ganze Borniertheit *Feders* kommt da recht hübsch zum Vorschein.

* Gottfried Feder, Die Irrlehre des Freigeldes, in: Hammer 19 Jg. (1920), Nr. 441, S. 405 – 408

In einem weiteren Schreiben an Fritz Schwarz heißt es:

... Im *„Hammer"* erschien ein übler Artikel von Feder über Freigeld. *Nordmann* würde viel darüber zu lachen haben. ...

oooooooooooo

Links

Das Manifest zur Brechung der Zinsknechtschaft
Mit Erläuterungen von Gottfried Feder

http://unglaublichkeiten.net/lager/Gottfried-Feder-Brechung-Zinsknechtschaft.pdf

oooooooo

Auseinandersetzung mit dem Thema mit Hilfe von Marx

Zinsknechtschaft oder kapitalistische Produktionsweise?

**OHNE GELD BIST
DU BALD TOT,
MIT ABER NOCH
KEINESFALLS
LEBENDIG**

(A.Gödde)

http://www.thur.de/philo/zins.htm

oooooooooooo

Die Suchmaschine Google meldet für das Stichwort „Zinsknechtschaft".

6870 Seiten auf Deutsch

oooooooooo

Zinsknechtschaft

Zinsknechtschaft gibt es überall dort, wo Menschen und Staaten unfreiwillig zu Schuldnern werden und davon nicht mehr frei werden können, weil sie an böse Gläubiger geraten.

Die NS-Propaganda machte aus der Zinsenfalle ein "Judenproblem", als hätten Juden den Zins erfunden, als seien Moses und Jesus Banker gewesen. Aber so steht es vermutlich in den "Geschichtsbüchern" von Nazis.
>> Kapitalkurs für Rechtsextremisten

Doch ein böser Gläubiger kann eben auch Horst aus der Nachbarschaft sein oder die demokratische Industrienation, die einem Entwicklungsland Technologien und Kredite aufschwatzt, die sich in diesem Land nicht bewähren, sondern vom Industrieland abhängig machen, so dass der Kredit sich nicht aus der "Entwicklungshilfe" zurückzahlen kann, sondern die übrige Volkswirtschaft noch weiter verarmt.

Die Schulden werden zur "Schuldenfalle", wenn die Schulden durch Zins und Zinseszins die Tilgungsfähigkeit des Schuldners übersteigen.

Das ist keine neue Erscheinung, sondern seit Jahrtausenden beobachtet, gelitten, bestritten, genossen, zwischenzeitlich verboten, wenn Mächtige so verschuldet waren, dass sie keinen Zins zahlen wollten. Dafür fanden sie leicht Anhängerschaft unter den Armen, verbrämten das Zinsverbot "religiös", bis das Hintertreffen durch Zinslosigkeit den kurzfristigen Vorteil überwog. Dann wurde der Zins wieder legalisiert.

In Fällen der Staatsverschuldung wird Geld gedruckt oder eine Währungsreform versucht sich im Neustart.

Es gibt Theorien zur Zinsabschaffung, aber der unmittelbare Leistungsaustausch und die Zinslosigkeit als Alternative überzeugen noch nicht einmal bei bester Freundschaft.
>> Kapitallogik, Kapitalinteresse, Kapitalflucht

Sven 2204 / 2006

http://www.inidia.de/zinsknechtschaft.htm

OOOOOOOOOOOOO

Brechung der Zinsknechtschaft

aus Wikipedia, der freien Enzyklopädie

(ohne Bild und Inhaltsangabe: TA)

Zinsknechtschaft und die Forderung nach „**Brechung der Zinsknechtschaft**" sind wirtschaftspolitische Schlagworte, die besonders in der nationalsozialistischen Ideologie Verwendung fanden und auch heute in zahlreichen Veröffentlichungen von Rechtsextremisten erscheinen.

Die Verwendung des Begriffs im Nationalsozialismus [Bearbeiten]
Die Bedeutung der beiden Worte bzw. der Forderung geht maßgeblich auf Gottfried Feder zurück, der 1919 den „Deutschen Kampfbund zur Brechung der Zinsknechtschaft" gegründet und im selben Jahr sein „Manifest zur Brechung der Zinsknechtschaft" veröffentlicht hatte. Inhalt seiner Forderungen war jedoch nicht, wie oft vermutet wird, ein Verbot, Zinsen zu erheben, sondern zahlreiche geforderte Veränderungen in der staatlichen Wirtschaftspolitik. Eine Hauptkritik Feders war die Zahlung von Zinsen durch den Staat an Besitzer von staatlichen Wertpapieren/Schatzbriefen, die diese ja doch nur wieder durch Steuern selbst aufbringen müssten.

Feder gilt als erster Wirtschaftstheoretiker der NSDAP, seine Veröffentlichungen werden in Adolf Hitlers „Mein Kampf" mehrfach lobend erwähnt. Für die Nationalsozialisten waren sie besonders interessant, weil er darin zwischen „raffendem und schaffendem Kapital" unterschied. Feders wirtschaftspolitischen Vorstellungen fanden 1920 Eingang in das 25-Punkte-Programm der NSDAP. Unter Punkt 11 wurden hier die *„Abschaffung des arbeits- und mühelosen Einkommens, Brechung der Zinsknechtschaft"* gefordert.

Die Verwendung in der rechtsextremen Szene nach dem Zweiten Weltkrieg [Bearbeiten]

Verwendung des Begriffs auf der Auftaktdemo zur Antikapitalismus-Kampagne von NPD und Freien Kameradschaften am 1. April 2006 in Arnstadt (Thüringen).

Nach dem Zweiten Weltkrieg wurden Feders Arbeiten, darunter sein Hauptwerk „Kampf gegen die Hochfinanz", von rechtsextremen Verlagen und Antiquariaten vertrieben, aber nur gelegentlich in der rechtsextremen Szene rezipiert. Im Zusammenhang mit der Wandlung weiter Teile der extremen Rechten hin zu einer antikapitalistischen Ausrichtung etwa seit der Jahrtausendwende wurde Feder insbesondere von Neonazis als „Wirtschaftsreformer" und Repräsentant einer antikapitalistischen Strömung in der NSDAP „wiederentdeckt". So würdigte beispielsweise die NPD-Parteizeitung „Deutsche Stimme" Feder als einen der „Großen" auf dem Gebiet der Volkswirtschaftslehre. Die Begriffe Zinsknechtschaft und Zinswirtschaft werden in den politischen Programmen und sonstigen Veröffentlichungen wie Reden und Demonstrationsthemen rechtsextremer Parteien wie der DVU oder der NPD und anderer Gruppierungen wie der PNOS, den Jungen Nationaldemokraten, dem Deutschen Kolleg, Schutzbund Deutschland und Kampfbund Deutscher Sozialisten verwendet, wobei der direkte Bezug auf die Arbeiten Feders nicht immer deutlich wird. So findet sich in einer Presseerklärung auf der Website der NPD in Mecklenburg-Vorpommern die Formulierung: *„So ist es der DDR ergangen. Durch verantwortungslose Führer geriet sie in die Zinsknechtschaft des BRD Systems.*

Der nationale Sozialismus
Seine Grundlagen, sein Werdegang und seine Ziele
Von Ingenier Rudolf Jung
Abgeordneter, Mitglied des Prager Parlaments
Auszüge 118 bis 121 und 128 bis 133

Vorweg eine andere Textstelle zum Vergleich zwischen nationalsozialistischer und freiwirtschaftlicher Grundhaltung. Auf Seite 158 heißt es bei Jung:

Was wir anstreben müssen ist die Erziehung eines jeden Teiles unseres Volksganzen zur Einordnung in die Bedürfnisse der Gesamtheit, stärkste Ausprägung der Willenskraft bei gleichzeitiger Beseitigung jedes persönlichen Eigennutzes.

oooooooooooooooooooo

Uhlemayr über Gesell und Eigennutz in der Freiwirtschaft

Von diesen Grundprinzipien seiner allgemeinen Kulturanschauung ist seine Soziologie, seine Theorie einer Staats- und Weltpolitik und seine Wirtschaftslehre getragen. Seine *Soziologie* und seine *theoretische Politik* hat er zwar nicht systematisch ausgebaut, es finden sich in seinen Schriften hiezu jedoch so viele Anregungen und Gedanken, daß aus ihnen leicht ein einheitliches Bild seiner soziologischen und politischen Bestrebungen gewonnen werden kann. Hier fällt vor allem sein radikaler Wirklichkeitssinn und seine vollkommene Loslösung von jeder überkommenen Ideologie in die Augen. Er geht von den natürlichen Urbedingungen des menschlichen Lebens aus und will auf diesen bewußt eine natürliche Menschheitsordnung aufbauen. Eine solche bedingt aber auch ein natürliches, dem Wesen des Menschen entsprechendes Ziel. Was kann das aber sein, wenn nicht die Sicherung des materiellen und geistigen Lebens der einzelnen Menschen ? Nicht etwa die Gesellschaft ist es, worauf die soziologisch-politische Tätigkeit abzuzielen hat, sondern das Individuum, denn dieses ist die naturgegebene lebendige Wirklichkeit, die leidet und glücklich ist, nicht die Gesellschaft.

Die Gesellschaft kann nur in zweiter Linie in Betracht kommen und gegenüber dem Einzelnen nur eine dienende, nicht eine herrschende Stellung einnehmen. Die Freiheit des Individuums, d. h. das Recht über sein Leben selbst zu bestimmen, entspricht nicht nur allein der Menschenwürde, sondern auch dem von der Natur gewollten Zustande. Gesell ist darum mit Recht als ein Individualist und Anhänger des Liberalismus bezeichnet worden. Allseitige Freiheit des Einzelnen ist sein höchstes Ideal, das sein ganzes Denken und Wollen bestimmt. Man wäre jedoch im Irrtum, wenn man ihn für einen einseitigen Individualisten halten wollte, denn er will jedem Einzelnen die volle Freiheit gewahrt wissen. Das erfordert die natürliche Gerechtigkeit. So findet die Freiheit der Einzelnen in dieser Gerechtigkeit ihre natürliche Begrenzung und Einschränkung. Insofern Gesell j edem Einzelnen die Sicherung des materiellen und geistigen Lebens verschaffen will, ist er Sozialist. Er ist auch Sozialist, weil er nicht vergißt, daß der Mensch ein animal sociale, ein Gesellschaftswesen ist, das weder materiell noch seelisch-geistig allein, getrennt von den übrigen Menschen leben und Mensch sein kann und aus seinem Wesen heraus schicksalsmäßig und solidarisch mit den übrigen Menschen verbunden ist, zumal in einer arbeitsteiligen Gesellschaft wie der heutigen. Dem widerspricht Gesells Lehre, daß das menschliche Handeln auf den Eigennutz gegründet ist, keineswegs. Das muß besonders betont werden, da diese Lehre der mißverständlichen Auffassung ausgesetzt ist, daß es sich hiebei um den unbeschränkten Egoismus Stirnerscher Prägung handle. Diese Auffassung ist nicht nur falsch, sondern auch gefährlich. Es ist ausdrücklich festzustellen, daß Gesell selbst das Wort Egoismus fast durchweg vermeidet und die Ausdrücke Eigennutz und Selbstsucht anwendet, zwischen diesen aber scharf unterscheidet. Er sagt ausdrücklich, „daß Eigennutz nicht mit Selbstsucht verwechselt werden darf". Was Gesell unter Eigennutz versteht, liegt im Plane der natürlichen Sozialordnung, ist das naturrechtliche Prinzip der Selbstbehauptung, die Selbstsucht dagegen ist überbetonte, leidenschaftliche Wahrnehmung des eigenen augenblicklichen Vorteils und Willens und tritt aus dem Plane der natürlichen Sozialordnung heraus. „Der Kurzsichtige ist selbstsüchtig, der Weitsichtige wird in der Regel einsehen, daß im Gedeihen des Ganzen der eigene Nutz am besten verankert ist". Diese Worte zeigen deutlich genug, daß Gesell weit entfernt ist die Gesellschaft als ein atomistisches Chaos rücksichtslos selbstsüchtiger Individuen

aufzufassen, sondern daß er sie als ein lebendiges, organisches Ganzes ansieht, das ebenfalls gedeihen muß, wenn

18

die Einzelnen gedeihen sollen. Das Ganze freilich kann nur gedeihen, wenn die Einzelnen gedeihen; das Wohl aller Einzelnen ist das Wohl der Gesamtheit. Darum sind Freiheit und Gerechtigkeit die Grundlage des Wohles der Einzelnen und der Gesamtheit. Nicht also der Egoismus Stirnerscher Auffassung ist die Grundlage der Gesellschen Soziologie, sondern viel eher das christliche Wort „Du sollst deinen Nächsten lieben wie dich selbst!", das den natürlichen Eigennutz dem Einzelnen zugesteht, aber fordert, daß er den anderen Menschen das Recht auf Eigennutz in demselben Maße einräumt, als er ihn selbst in Anspruch nimmt.

Aus Dr. B. Uhlemayr, *Silvio Gesell, 1931*

Auf der Titelseite steht: Die Neue Zeit Verlag. Auf dem Innentitel steht Rudolf Zitzmann Verlag Lauf bei Nürnberg . Bern . Leipzig. Es ist wohl die erste Würdigung Gesells nach seinem Tode.

Uhlemayr wurde von den Nationalsozialisten auf offener Straße erschlagen. Der Verleger Zitzmann hat ein Konzentrationslager lebend überstanden.

Aus dem Zitat von Jung wird die nationalsozialistische Haltung „Du bist nichts – Dein Volk ist alles!" sehr deutlich. In der Freiwirtschaft hat der einzelne Mensch einen viel höheren Stellenwert. Er muß sein Leben nicht zu einer einzigen Lüge machen.

Die Kritik an Gesell ist in den nachfolgenden Seiten aus „Der nationale Sozialismus" von Rudolf Jung (1922) noch sanft formuliert.

Der nationale Sozialismus

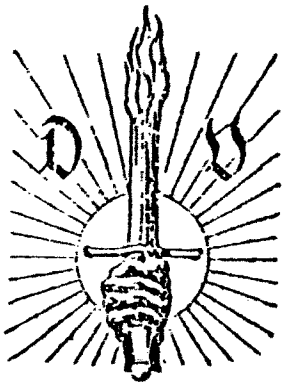
Seine Grundlagen, sein Werdegang und seine Ziele.

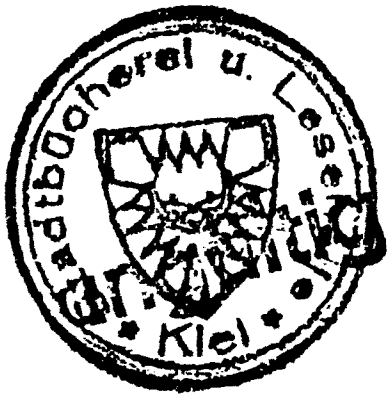
Von Ingenieur Rudolf Jung,
Abgeordneter, Mitglied des Prager Parlaments

Leitwort: „Von innerem Range kann in Deutschland nur der Sozialismus in irgend einer Fassung sein."
Oswald Spengler,
„Preußentum und Sozialismus"

Dritte, vollständig umgearbeitete Auflage

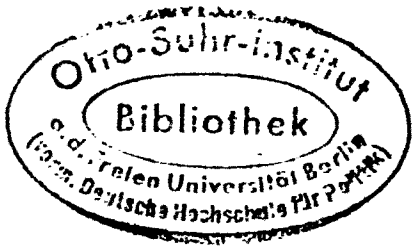
11.—15. Tausend.





Deutscher Volksverlag, Dr. E. Boepple, München.

Alle Rechte, insbesondere das der Übersetzung, vorbehalten.
Copyright 1922 Deutscher Volksverlag, E. Boepple, München.



Druck von Dr. F. P. Datterer & Cie., Freising-München

Nationalsozialistische Bewegung.

Nationalsozialistische Partei des deutschen Volkes.

Zwischenstaatliche Kanzlei: Wien 1, Stefansplatz 5. Geschäftsführender Vorsitzender: Dr. Walter Riehl.

Parteigruppen.

1. Reichsdeutsche Gruppe.

Titel: Nationalsozialistische deutsche Arbeiterpartei. Vorsitzender: Adolf Hitler, München.

Hauptgeschäftsstelle: München, Corneliusstraße 12.

Parteiblätter: „Der Völkische Beobachter", München; „Deutscher Volkswille", Nürnberg; „Sturmglocke", Augsburg.

2. Österreichische Gruppe.

Titel: Nationalsozialistische Partei Deutschösterreichs. Vorsitzender: Dr. Walter Riehl, Wien. Hauptgeschäftsstelle: Wien 1, Stefansplatz 5. Die Partei besitzt Vertreter in den Landtagen von Salzburg und Kärnten.

Parteiblätter: „Deutsche Arbeiterpresse", Wien; „Volksruf", Salzburg; „St. Pöltener Beobachter", St. Pölten; „Der Nationalsozialist", Innsbruck. Ein Parteiblatt in Linz erscheint demnächst.

3. Sudetenländische Gruppe (Tschechoslowakei).

Titel: Deutsche nationalsozialistische Arbeiterpartei. 1. Parteivorsitzender: Abgeordneter Hans Knirsch, Dux. 2. Parteivorsitzender: Abgeordneter Ing. Rudolf Jung, Troppau.

Die Parlamentarische Vereinigung in der Prager Völkerversammlung umfaßt die Abgeordneten: Ing. Rudolf Jung. Hans Knirsch, Josef Patzel, Hugo Simm, Leo Wenzel und die Senatoren: Adam Fahrner, Franz Jesser. Vorsitzender ist Ing. Rudolf Jung.

Hauptgeschäftsstellen der Partei: Aussig, Teplitzerstraße 20 (für Böhmen); Troppau, Heidrichpark 10 (für Mähren und Schlesien).

Parteiblätter: „Volk und Gemeinde", wissenschaftliche Monatsschrift, Troppau; „Der Tag", Dux; „Neue Zeit", Troppau; „Volkswehr", Gablonz; „Deutscher Volksfreund", Bodenbach; „Deutsche Arbeiterzeitung", Aussig; „Deutsche Volksstimme", Dux; „Deutscher Volksbote", Karlsbad; „Nordböhmische Volkswacht", Warnsdorf.

Parteiverlag: „Neue Zeit"-Verlag, Troppau, Heidrichpark 10.

4. Polnische Gruppe.

Titel: Deutsche nationalsozialistische Arbeiterpartei. Vorsitzender Oskar Kotschi, Bielitz (Ostschlesien) Postfach 23.

---

wirtschaftlicher und kultureller Art — zur Verhütung des Kapitalzuflusses zum Mißbrauch mit dem Boden;

6. gemeinwirtschaftliche Ausnutzung der Bodenschätze wie Steinkohle, Braunkohle, Kali, Erze, Erdöle und der Wasserkräfte als Quellen der elektrischen Kraft;
7. gemeinwirtschaftliche Leitung des Transport- und Versicherungswesens, sowie der Licht- und Kraftverteilung."

Nun können wir an die Besprechung der einzelnen Vorschläge gehen. Wir wollen diese Besprechung mit jenem Teile der Entschließung des Linzer zwischenstaatlichen Vertretertages einleiten, welcher die Bodenfrage behandelt. In dieser Entschließung heißt es:

„Die deutsche nationalsozialistische Partei sieht im heutigen Bodenrecht und der Zinsknechtschaft die Quelle der sozialen Übel unserer Zeit, deren Beseitigung sie mit allen tauglichen Mitteln anstrebt. Sie war stets und ist der Anschauung, daß man zur altgermanischen Auffassung zurückkehren müsse, wonach der Grund und Boden ideell nur Eigentum des Volkes sein kann, während dem Einzelnen nur das auf ihm Erbaute und Erarbeitete zu eigen ist. Dadurch verliert nicht der arbeitende Bauer seinen Grundbesitz, wohl aber wird der wucherischen Bodenspekulation das Handwerk gelegt.

Die nationalsozialistische Partei lehnt mit aller Entschiedenheit die internationale Richtung der Freilandbewegung im Sinne Silvio Gesells ab, da sie den Tod unseres Volkstums bedeuten würde. Nicht der Geldsack, sondern die Fähigkeit, den Grund und Boden am besten im Interesse der Gesellschaft bebauen zu können, kann allein für seinen Erwerb maßgebend sein. Für das Volk aber schafft die Erschließung von Ödland und Wildnis, die hundertjährige Arbeit auf einem Fleckchen Erde — eben Heimat und damit einen unverjährbaren Rechtstitel."

Wenn wir diese Worte recht genau lesen und sie auf uns einwirken lassen, dann haben wir vor uns schon ein ganzes Bodenreformprogramm. Wir beschäftigen uns zunächst mit der Ablehnung der Freilandbewegung im Sinne Silvio Gesells. In unserer Entschließung wird sie als international abgelehnt und vom Geldsack und Tod unseres Volkstums gesprochen. International ist jene Richtung deshalb, weil sie ausdrücklich den vom Staate erworbenen Boden an den Meistbietenden verpachten will, ohne irgendeine Beschränkung im Hinblick auf die Volkszugehörigkeit. Ob Jude, ob Zulukaffer, ist Silvio Gesell und seinen Leuten gleich, nicht aber uns. Wo dieser

schließlich hinaus will, geht mit erwünschter Deutlichkeit aus seinen eigenen Ausführungen im Hauptwerk der Freiwirtschafter „Die natürliche Wirtschaftsordnung" hervor. In diesem Werke faßt Silvio Gesell die Forderungen der Freilandbewegung in zwei Sätzen zusammen. Sie lauten (Vierte Auflage, Seite 68):

„Satz 1. In allen Staaten, die sich dem großen Friedensbund anschließen, wird das Sondereigentum am Boden (Privatgrundbesitz) restlos abgelöst. Der Boden ist dann Eigentum des Volkes und wird der privaten Bewirtschaftung durch öffentliche Verpachtung im Meistbietungsverfahren übergeben."

„Satz 2. An diesen öffentlichen Pachtungen kann sich jeder Mensch beteiligen, einerlei, wo er geboren, wie und was er spricht, welchen Lastern er huldigt, welche Verbrechen er begangen, von welchen Gebrechen er geplagt wird, kurz alle, die Menschenantlitz tragen.

Das Pachtgeld wird gleichmäßig und restlos an alle Frauen und Kinder wieder verteilt, wobei auch hier keinerlei Unterschied gemacht wird, woher die Frauen und Kinder kommen."

Mit dieser Art von Bodenreform, welche Deutschlands Grenzen dem Rassenabhub der ganzen Welt öffnen müßte, erledigt sich der „Bodenreformer" Silvio Gesell von selbst. Was er da in tollem Menschheitswahn predigt, geht noch weit über die Selbstentäußerung der „Erfüllungspolitiker" hinaus. Derartige Wahnideen wird jeder Deutsche, der nur ein wenig auf sich hält, rundweg ablehnen. Unsere Vorfahren haben doch nicht den heimatlichen Boden mit Schwert und Pflug erschlossen, ihr und ihrer Enkel Blut ist doch nicht für seine Verteidigung geflossen und der Schweiß unzähliger Geschlechter deshalb vergossen worden, damit irgend ein hergelaufener Kerl, bloß weil er „Menschenantlitz trägt", sich nun auf unserer Heimaterde festsetzen und hier Rasse und Karakter verderben kann.

Diese Art von angeblicher Bodenreform lehnen wir rundweg ab, weil sie von Grund auf international und ihrem Wesen nach von rein materialistisch-händlerischem Geiste getragen ist. Aber selbst wenn Silvio Gesell in dieser Hinsicht in Sack und Asche Buße tun und sich nur auf Deutsche beschränken wollte, so bliebe noch genug übrig, um sie zu verwerfen. Führten wir diese Reform nach seinem Willen durch, so träten an Stelle der heutigen Eigner Pächter. Was wäre nun damit gewonnen? Der Boden ist doch nicht nur dazu da, Nahrungsmittel zu schaffen, er hat vielmehr einen höheren, sittlichen Zweck: Boden

muß Heimat, d. h. die Menschen müssen mit ihm verwachsen sein! Das wird aber der Pächter nie.

Wir können den Boden besteuern, aus ihm herausholen, was immer nur möglich, aber Heimat muß er sein. D. h. wir müssen es ermöglichen, daß jeder Deutsche — aber auch nur er, d. h. der Deutschblütige — Eigner werden kann. Nicht muß, denn Zwang ist hier noch weniger am Platze als anderswo, aber kann. Ideell soll zwar die Allgemeinheit — sei es Staat oder Gemeinde — Eigentümerin alles Grund und Bodens sein, in Wirklichkeit aber sei es der Einzelne, mag er nun mehr oder weniger sein eigen nennen. Denn nur der Eigner liebt seine Sache, ihm wird sie zum ewig sprudelnden Quell reinster Freude, tiefsten Erlebens. Nur durch das Eigen an Grund und Boden wird der seelenlose Deutsche der Gegenwart wieder zum deutschen Menschen von einst werden!

In dieser Hinsicht aber läßt uns die viel zu nüchterne, rechnerische Anschauung der Freilandbewegung völlig unbefriedigt. Sie hat den einen großen Unterschied nicht heraus zwischen Gefühl und Verstand. Die Poesie des Walddorfs und die nüchterne Geschäftigkeit des Warenhauses sind ihr eins! Deshalb müssen Menschen mit Seele sie rundweg ablehnen.

Gehen wir über zu Henry George. „Die einzige Steuer sei die auf den Bodenwert.“ Ist dieser Grundsatz auf unsere heutigen Verhältnisse in voller Schärfe anwendbar? Man bedenke, daß die Ausgaben des Staates und der Gemeinden in die Tausende von Milliarden gehen. Diese Riesensummen aber müßte der nackte Grund und Boden allein aufbringen, d. h. der landwirtschaftlich genutzte, der verbaute und der brachliegende Grund. Diese Steuer wäre nach Henry George „nicht überwälzbar“; der Grundbesitzer müßte sie also aus eigenem tragen. Dies leuchtet beim Besitzer von brachliegendem, d. h. unbebauten oder unverbauten Boden, ohne weiteres ein. Der kann sie tatsächlich nicht überwälzen. Nicht ganz so aber steht die Sache bereits beim Besitzer einer landwirtschaftlich genutzten Fläche oder eines gewerblichen Unternehmens. Hier ist diese Steuer nur dann unüberwälzbar, wenn kein Schutzzoll besteht, wenn also die Erzeugnisse unter dem vollen Druck des Weltwettbewerbs stehen, d. h. bei ausgesprochenem Freihandel. Gegen diesen sprechen jedoch mancherlei Gründe, denn er kann Landwirtschaft und Industrie auch zugrunde richten. Den Besitzer von verbautem Grund — den Hausbesitzer schließlich — wird Georges „einzige Steuer“ sicher nicht schädigen. Da er keinen Weltwettbewerb zu fürchten

hat, wird er sie ruhig auf den Mieter überwälzen, besonders dann, wenn das Vorhandensein einer örtlichen Organisation der Hausbesitzer ihn vor dem Unterbieten schützt. Es läge daher unter gewissen Umständen eine ungerechtfertigte Begünstigung der Hausbesitzer vor. Wäre jedoch auch in diesem Falle die Steuer nicht überwälzbar, was träte ein? Es würde nicht gebaut, wodurch auch wieder nichts gewonnen wäre.

Gegen Georges „einzige Steuer" spricht jedoch auch der Umstand, daß gewisse Steuern erzieherisch wirken und schon aus diesem Grunde beizubehalten sind. Solche Steuern sind beispielsweise jene auf Genußmittel.

Bei der Erfassung der Grundrente darf auch ein sehr gewichtiger Umstand nicht außer acht gelassen werden: die Bodenverschuldung.

Schließlich ist zu bedenken, ob die Wegsteuerung der gesamten Grundrente gerechtfertigt wäre, solange nicht der Geldzins verschwunden ist. Entschieden wäre sie es nicht. Denn ein arbeitsloses Einkommen beseitigen und das zweite bestehen lassen, ist nicht gerecht. Es wäre aber auch nicht klug, denn dadurch würde das Geld noch mehr zum Tyrannen, als es dies heute ohnehin schon ist!

Der Vorschlag Henry Georges ist deshalb freilich nicht ganz zu verwerfen; wir müssen nur bedenken, daß er von den europäischen Verhältnissen bloß die Englands kannte, wo der ganze ländliche und städtische Grund einigen wenigen Adeligen gehört. In etwas gemilderter Form werden wir ihn ganz gut verwerten können und dabei etwa zu folgenden Ergebnissen gelangen:

1. Um die Grundrente möglichst zu erfassen, ist der gesamte Grund und Boden, also landwirtschaftlich genutzte Fläche, Brachland, Baugrund — u. zw. nur der nackte Boden ohne Baulichkeiten — nicht mehr nach dem Ertrag, sondern nach seinem Verkaufswert (Marktpreis), dem sogenannten „gemeinen Wert" zu besteuern. Diese Steuer ist je nach Größe und Verwendungszweck entsprechend zu staffeln;
2. das Bauen in die Luft ist nicht gestattet, d. h. die Anzahl der zulässigen Stockwerke wird beschränkt;
3. Staat oder Gemeinde genießen bei allen Grundverkäufen das Vorkaufsrecht und es besteht ihnen gegenüber ein Anbotszwang;
4. Verstaatlichung des Grundbesitzverkaufs;
5. Staat oder Gemeinde können jederzeit den Grund und Boden zu dem vom Eigentümer versteuerten Werte erstehen;

züchtete auf diese Weise das Rentnerideal groß, das geradewegs zu dem führt, was der heutigen Zeit den Stempel aufdrückt, der Herrschaft des Geldes und mit ihr der Zinsknechtschaft aller Schaffenden.

Die umlaufende Geldmenge und möge sie noch so groß sein, ist bloß ein bescheidener Bruchteil der verzinslichen Forderungen, welche das Rückgrat der Zinsknechtschaft bilden. So betrug beispielsweise Ende April v. J. der Notenumlauf des Deutschen Reiches 130 Milliarden. Ihm gegenüber aber standen an „verzinslichen" Forderungen 565 Milliarden Schulden des Reiches und der Länder und 132, bzw. durch Zins und Zinseszins in der Endsumme 465, Milliarden Goldmark oder damals 28800 Milliarden. Zusammen waren es 29365 Milliarden Mark. Was wollen ihnen gegenüber die 130 Milliarden Notenumlauf besagen?

Nicht die Frage einer bloßen Währungsverbesserung also, sondern die der Beseitigung der Herrschaft des Geldes überhaupt, d. h. die Brechung der Zinsknechtschaft steht heute zur Erörterung und ruft nach der Tat.

Trotzdem wollen wir des Mannes gedenken, dessen Bodenreform wir ablehnten, Silvio Gesells. Er hat immerhin das Verdienst, auf Dinge hingewiesen zu haben, die vor dem Kriege, also vor der Tatsache der Vollendung der Geldherrschaft, nicht ohne Bedeutung waren. Das Zinsproblem freilich hat er wohl unterschätzt; dagegen hat er der Frage des ständigen Geldumlaufs und der Stetigkeit der Währung seine volle Aufmerksamkeit gewidmet. Um das Geld zum ständigen Umlauf zu zwingen, ist Silvio Gesell auf ein theoretisch recht einfaches, praktisch jedoch wohl undurchführbares Mittel verfallen. Es ist der Wertschwund, d. h. im Wesen ein negativer Zins. Statt nämlich Zinsen zu tragen, sollte sein Geld, „Freigeld" genannt, Woche für Woche um rund ein Tausendstel an Wert abnehmen. Der Gesamtverlust am Jahresende, der gesamte Wertschwund also, hätte dann etwa 5 v. H. betragen. Abgesehen davon, daß nur das im Umlauf befindliche, nicht nur aber auch das angelegte Geld dem Wertschwund unterliegen sollte, hatte die Sache noch einen anderen Haken und das war die technische Durchführbarkeit. Dem Wertschwund sollte nämlich entweder durch Aufkleben von Marken oder durch Zurechnung seitlich auf den Geldnoten angeführter Zuschläge Rechnung getragen werden. Beides ist undurchführbar; das eine wegen des ewigen Aufklebens leicht herunterfallender Marken und das zweite wegen der Schwierigkeiten der Verrech-

nung bei jedem Kauf. Da überdies die Geldnoten alljährlich neu ausgegeben werden müßten und ihr Umtausch jeweilig in den letzten Tagen vor Jahresschluß zu erfolgen hätte, so ist dieser an sich sehr fesselnde Gedanke eben nicht durchführbar. Er hätte überdies eine gewichtige Schattenseite insofern, als gerade die Lohn- und Gehaltsempfänger, wie auch andere schaffende Kreise, die Kosten des Wertschwundes zu tragen hätten, während die Kapitalisten seine Nutznießer wären.

Der zweite Vorschlag Gesells betrifft die Einführung einer stetigen Währung. Nicht die Preishöhe an sich wirkt in der Volkswirtschaft verderblich, sondern das Schwanken der Preise, wobei ihr plötzliches Senken in seinen Folgen oft weit schädlicher als ihr Hinaufschnellen ist. Annähernd feste Warenpreise, hervorgerufen durch Regelung der umlaufenden Geldmenge, wären jedenfalls nicht zu unterschätzen. Diese Frage tritt jedoch angesichts der augenblicklich alles beherrschenden Zinsknechtschaft in den Hintergrund.

Von weitaus größerer Bedeutung als jede Geldreform ist eben heutzutage die Frage der Beseitigung dessen, was der Gegenwart seinen Stempel aufdrückt, nämlich der Geldherrschaft, oder die Brechung der Zinsknechtschaft. Sie ist die eigentliche nationalsozialistische Forderung. Wohin wir blicken, allüberall sehen wir die unheimliche Macht der ausgesprochen jüdischen Form des Kapitalismus, des nur schmarotzenden, nur ausbeutenden Leihkapitals am Werke. Staaten, Länder, Gemeinden, Industrien, kurz alles ist ihm verschuldet und schafft und frondt zu seiner höheren Ehre. Ihm zuliebe werden Kriege geführt, ihm alles geopfert. Das Zeitalter der Geldherrschaft kündete noch immer den nahenden Untergang von Völkern und Staaten an. So war es in Rom, so in Babylon, so überall. So wird es auch in den Staaten der Gegenwart werden, wenn die Völker nicht in letzter Stunde die drohende Gefahr erkennen und die Zinsknechtschaft brechen. Es gibt dazu einen gesetzlichen Weg. Wird er nicht beschritten, so wird in nicht allzuferner Zeit nur mehr derjenige der Gewalt übrig bleiben. Dann wird eben die Entscheidung zwischen Blut und Geld fallen!

Unser Gesinnungsgenosse Ing. Gottfried Feder hat in mehreren Schriften sich mit dieser brennenden Frage eingehend beschäftigt. Die erste Veröffentlichung, das „Manifest zur Brechung der Zinsknechtschaft" weist klar auf die ungeheure Macht des Leihkapitals hin und gibt den Weg zu ihrer Beseitigung

an; die zweite „Der Staatsbankrott die Rettung" zeigt die überragende Bedeutung des Zinsproblems in der Staatswirtschaft. Die dritte endlich, „Der kommende Steuerstreik" schildert die furchtbaren Folgen des staatlichen Zinsversprechens, welche sich in wahnsinnigen Steuern, unbeschreiblicher Teuerung und im Währungsverfall äußern. Aus diesen Zuständen zeigt diese Schrift den Ausweg. Feder ist nach eingehenden Untersuchungen zur Aufstellung von zehn Forderungen gelangt, welche folgendermaßen lauten:

„1. Die Kriegsanleihestücke und alle übrigen Schuldverschreibungen des Deutschen Reiches und der deutschen Bundesstaaten, alle Eisenbahnanleihen und die Schuldverschreibungen aller Selbstverwaltungskörper werden unter Aufhebung der Zinspflicht zu gesetzlichen Zahlungsmitteln im Nennwerte erklärt oder in Bankguthaben umgewandelt.

2. Bei allen übrigen festverzinslichen Papieren, Pfandbriefen, gewerblichen Schuldbriefen, Haus- und Grundschulden usw. tritt an Stelle der Zinspflicht die Rückzahlungspflicht. Nach 20 oder 25 Jahren ist somit je nach der Höhe der bisherigen Verzinsung das geliehene Geld zurückbezahlt und die Schuld erloschen.

3. Das gesamte Geldwesen wird in der Hand des Staates zusammengefaßt, der in Staatsbank und Staatshauptkasse alle Rechte und Aufgaben der staatlichen Geld- und Wirtschaftshoheit ausübt. Alle Bankbetriebe und ebenso die Postscheckkassen, Sparkassen, Darlehensgenossenschaften werden als Zweigunternehmungen der Staatsbank geführt und damit bei völliger Freiheit im Einzelnen der wirksamen Aufsicht des höchst verantwortlichen Gemeinwesens unterstellt.

4. Haus- und Bodenbeleihung findet nur durch die Staatsbank statt. Darlehensgewährung auf Waren oder Arbeitskraft wird dem freien Geldvermittlungsgewerbe überlassen, das in strenger Standeszucht aufzubauen ist. Es darf nur unter staatlicher Aufsicht und mit staatlicher Genehmigung betrieben werden, die bezirksweise nach vorhandenem Bedürfnis und unter Verbot der Errichtung von Zweigstellen erteilt wird. Die Gebühren werden durch die Staatshauptkasse festgesetzt.

5. Gewinnanteilpapiere werden ähnlich wie die bisher festverzinslichen Werte in jährlichen Abzahlungen getilgt. Während der Tilgungsfrist wird im Gegensatz zu den nur zu tilgenden mündelsicheren Papieren entsprechend der Verlustgefahr ein an-

gemessener Gewinn an die Gesellschafter ausgeschüttet. Der weitere Überschuß wird zur Besserung der Arbeitsbedingungen, zu Erweiterungen des Unternehmens, Erhöhung der Lebenshaltung der Arbeiter, Steigerung der Erzeugung oder Senkung der Preise verwendet.

6. Die Vermögensumschichtung und -anhäufung durch Kriegsgewinn, Schieberwesen und Wucher muß durch gesetzliche Maßnahmen ausgeglichen und abgebaut werden. Dagegen ist die Grenze für steuerfreie Einkommen und Spargelder der gesunkenen Kaufkraft des Geldes entsprechend zu ziehen.

7. An Zinsenempfänger, die infolge Alters, Krankheit usw. nicht in der Lage sind, ihren Unterhalt zu verdienen, werden die bisherigen, zum Teil sogar höhere Erträgnisse aus ihrem Wertpapierbesitz auf Lebensdauer (Leibrente, nicht unter dem tatsächlichen Mindestbedarf) von Staatswegen weiter bezahlt. Die Wertpapiere sind dafür einzuliefern. Für Jugendliche ohne Versorger ist in ähnlicher Weise Unterhalt und Ausbildung zu sichern. Auch ist für diejenigen ausreichend zu sorgen, die durch den bestehenden verschleierten Staatsbankrott um ihr Auskommen betrogen sind.

8. Unterstützungskassen, gemeinnützige Stiftungen, deren Erträgnisse Ausbildungszwecken oder der Linderung unverschuldeter Not dienen und die auf ihre Zinsen angewiesen sind, sind durch die Allgemeinheit zu übernehmen.

9. Der Staat deckt seinen Geldbedarf für gemeinnützige Aufgaben (Verwaltung, Rechtspflege, Fürsorge, Kunst und Wissenschaft) aus den Überschüssen seiner gewinnbringenden Staatsbetriebe, sowie aus Vermögens- und Einkommensteuern. Die Kosten für Neuschöpfungen bestreitet er durch Ausgabe unverzinslicher Staatskassenscheine nach Genehmigung durch die Volksvertretung.

10. Aus den bei zinsloser Volkswirtschaft gesicherten Überschüssen wird jedem Hand- und Kopfarbeiter, der es nötig hat, von einer Altersgrenze von 50—60 Jahren ab (je nach Beruf) ein auskömmliches Ruhegehalt aus öffentlichen Mitteln gewährt und ihm dadurch die Sorge für sein Alter genommen."

Diese zehn Forderungen stellen ein ganzes Programm dar, das ohne Erschütterung des Wirtschaftslebens Schritt für Schritt verwirklicht werden kann.

Der erste Einwurf, den wir auf Feders Vorschläge erwarten, ist der Hinweis auf die fruchtlosen Zinsverbote früherer Zeiten. Dieser Vergleich hinkt aber insoferne, als diese Zinsverbote nicht

allgemein waren. Sie gingen bekanntlich nicht vom Staate sondern von der Kirche aus und galten nur für Kristen, nicht aber für die Juden. Gerade diese hatten jedoch lange Zeit hindurch den Geldverkehr monopolisiert. Ein allgemeines Zinsverbot, gesichert durch die in damaligen Zeiten üblichen Strafen, hätte bestimmt das Zinsnehmen beseitigt. Es fragt sich nur, ob das angesichts des Umstandes, daß Geld noch nicht allgemeines Tauschmittel war, einen Zweck gehabt hätte.

Eine zweite Befürchtung, die auch Gesell hegt, ist die der Abwanderung des Kapitals. Auch sie ist nicht stichhaltig. Vor allem kann nicht alles Kapital abwandern. Jenes, das es tun kann, wandert auch schon ohne Zinslosigkeit in Staaten mit höherem Zinsfuß ab. Was aber muß die Folge der Abwanderung sein? Größere Kapitalsanhäufung an einer Stelle und durch sie bedingt, größeres Geldangebot, daher Sinken des Zinsfußes. Nach einer Zeit der Unruhe träte von selbst ein Ausgleich ein.

Der hauptsächlichste Entwurf gegen zinsloses Geld gipfelt darin, daß dadurch der Spartrieb vernichtet würde. In diesem Zusammenhang ist auch von einer angeblichen Schädigung der kleinen Rentner die Rede. Man beachte, was wir über diesen Gegenstand unter „Zins" sagten. Übrigens schlägt Feder in Punkt 7 seiner Vorschläge eine befriedigende Lösung dieser Frage vor. Geld dazu ist in dem Augenblick, da der Staat von der Zinsknechtschaft befreit ist, genügend vorhanden. Wir wollen aber auch den viel weitergehenden Vorwurf zurückweisen, als seien wir Gegner der Sparwirtschaft überhaupt. Ganz im Gegenteil! Wir bekennen uns als ausgesprochene Gegner der Lotter- und Schleuderwirtschaft, die in einigen Staaten heute an der Tagesordnung ist. Deshalb aber huldigen wir noch lange nicht der Ansicht, daß nur Geld gespart werden könne. Das richtige Sparen besteht vielmehr im Hervorbringen von mehr Werten — d. h. Erzeugnissen aller Art — als verbraucht werden, um in Zeiten der Not eine Rücklage zu haben. Gerade die Überschätzung des Geldes ist das Haupthindernis einer richtigen Sparwirtschaft; sonst wäre es z. B. nicht möglich gewesen, daß 1914 schon mitten in der drohenden Kriegsgefahr, noch aus Reichsdeutschland Getreide hätte nach Frankreich geliefert werden können.

Die Brechung der Zinsknechtschaft kann ganz gut in einem einzigen Staate durchgeführt werden. Erforderlich dazu ist natürlich der Besitz der politischen Macht. Nach ihm muß daher gestrebt werden.

Außer der Grundrente und dem Zins gibt es noch ein Drittes,

das den Arbeitsertrag schmälert. Es sind dies Privatmonopole auf Kohle, Eisen und andere Bodenschätze. Sie müssen beseitigt werden.

Wie das zu geschehen hat, wollen wir im nächsten Abschnitt erörtern.

B. Vergesellschaftung der Privatmonopole.

„Die Privatwirtschstaft kann nie ganz und nicht gewaltsam beseitigt werden, doch sollen neben ihr alle Formen gesellschaftlichen Eigentums bestehen und in steigendem Maße ausgebaut werden. Unbedingt treten wir ein für die Überführung aller kapitalistischen Großbetriebe, die Privatmonopole darstellen, in den Besitz von Staat, Land (völkische Selbstverwaltungskörper) oder Gemeinde."

Aus dieser Stelle der Leitsätze geht die Stellungnahme der Bewegung zu der so umstrittenen Frage der Vergesellschaftung oder Sozialisierung klar hervor.

Was ist nach unserer Ansicht Vergesellschaftung? Im Gegensatz zu den Marxisten aller Spielarten (Sozialdemokraten der Internationale 2 und 2½, Kommunisten) verstehen wir darunter nur die Überführung in das Eigentum von Staat, Land (Landschaft, Provinz, völkischer Selbstverwaltungskörper) oder Gemeinde. Der nebelhafte Begriff einer Gesellschaft ist uns, die wir auf dem Boden des Volkstums stehen, überhaupt fremd. Richtiger sprächen wir daher auch von „Nationalisierung" statt „Sozialisierung", d. h. Überführung ins Eigentum unseres Volkes.

Den genossenschaftlichen Betrieb sehen wir noch nicht als nationalisiert an. Andererseits bedeutet aber auch in unseren Augen die einfache Verstaatlichung (Verländerung, Vergemeindung) noch nicht Nationalisierung. Sie wird es vielmehr erst, wenn den Angestellten, geistigen und körperlichen Arbeitern, Gewinnbeteiligung und Mitbestimmungsrecht eingeräumt werden (siehe den folgenden Abschnitt).

Was soll nun alles vergesellschaftet oder nationalisiert werden?

Die auf dem Boden des Marxismus stehenden Parteien verlangen die Umwandlung der gesamten Privatwirtschaft in Gesellschaftswirtschaft, d. i. den Kommunismus. Das „Programm der sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Österreich" (beschlossen zu Wien 1901) sagt darüber: „Immer mehr macht die Verdrängung der Einzelproduktion auch den Einzelbesitz überflüssig und schädlich, während zugleich für neue Formen genossenschaftlicher Produktion auf Grund gesellschaftlichen Eigentums an den Pro-

das den Arbeitsertrag schmälert. Es sind dies Privatmonopole auf Kohle, Eisen und andere Bodenschätze. Sie müssen beseitigt werden.

Wie das zu geschehen hat, wollen wir im nächsten Abschnitt erörtern.

B. Vergesellschaftung der Privatmonopole.

„Die Privatwirtschstaft kann nie ganz und nicht gewaltsam beseitigt werden, doch sollen neben ihr alle Formen gesellschaftlichen Eigentums bestehen und in steigendem Maße ausgebaut werden. Unbedingt treten wir ein für die Überführung aller kapitalistischen Großbetriebe, die Privatmonopole darstellen, in den Besitz von Staat, Land (völkische Selbstverwaltungskörper) oder Gemeinde."

Aus dieser Stelle der Leitsätze geht die Stellungnahme der Bewegung zu der so umstrittenen Frage der Vergesellschaftung oder Sozialisierung klar hervor.

Was ist nach unserer Ansicht Vergesellschaftung? Im Gegensatz zu den Marxisten aller Spielarten (Sozialdemokraten der Internationale 2 und 2½, Kommunisten) verstehen wir darunter nur die Überführung in das Eigentum von Staat, Land (Landschaft, Provinz, völkischer Selbstverwaltungskörper) oder Gemeinde. Der nebelhafte Begriff einer Gesellschaft ist uns, die wir auf dem Boden des Volkstums stehen, überhaupt fremd. Richtiger sprächen wir daher auch von „Nationalisierung" statt „Sozialisierung", d. h. Überführung ins Eigentum unseres Volkes.

Den genossenschaftlichen Betrieb sehen wir noch nicht als nationalisiert an. Andererseits bedeutet aber auch in unseren Augen die einfache Verstaatlichung (Verländerung, Vergemeindung) noch nicht Nationalisierung. Sie wird es vielmehr erst, wenn den Angestellten, geistigen und körperlichen Arbeitern, Gewinnbeteiligung und Mitbestimmungsrecht eingeräumt werden (siehe den folgenden Abschnitt).

Was soll nun alles vergesellschaftet oder nationalisiert werden?

Die auf dem Boden des Marxismus stehenden Parteien verlangen die Umwandlung der gesamten Privatwirtschaft in Gesellschaftswirtschaft, d. i. den Kommunismus. Das „Programm der sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Österreich" (beschlossen zu Wien 1901) sagt darüber: „Immer mehr macht die Verdrängung der Einzelproduktion auch den Einzelbesitz überflüssig und schädlich, während zugleich für neue Formen genossenschaftlicher Produktion auf Grund gesellschaftlichen Eigentums an den Pro-

das den Arbeitsertrag schmälert. Es sind dies Privatmonopole auf Kohle, Eisen und andere Bodenschätze. Sie müssen beseitigt werden.

Wie das zu geschehen hat, wollen wir im nächsten Abschnitt erörtern.

B. Vergesellschaftung der Privatmonopole.

„Die Privatwirtschstaft kann nie ganz und nicht gewaltsam beseitigt werden, doch sollen neben ihr alle Formen gesellschaftlichen Eigentums bestehen und in steigendem Maße ausgebaut werden. Unbedingt treten wir ein für die Überführung aller kapitalistischen Großbetriebe, die Privatmonopole darstellen, in den Besitz von Staat, Land (völkische Selbstverwaltungskörper) oder Gemeinde."

Aus dieser Stelle der Leitsätze geht die Stellungnahme der Bewegung zu der so umstrittenen Frage der Vergesellschaftung oder Sozialisierung klar hervor.

Was ist nach unserer Ansicht Vergesellschaftung? Im Gegensatz zu den Marxisten aller Spielarten (Sozialdemokraten der Internationale 2 und 2½, Kommunisten) verstehen wir darunter nur die Überführung in das Eigentum von Staat, Land (Landschaft, Provinz, völkischer Selbstverwaltungskörper) oder Gemeinde. Der nebelhafte Begriff einer Gesellschaft ist uns, die wir auf dem Boden des Volkstums stehen, überhaupt fremd. Richtiger sprächen wir daher auch von „Nationalisierung" statt „Sozialisierung", d. h. Überführung ins Eigentum unseres Volkes.

Den genossenschaftlichen Betrieb sehen wir noch nicht als nationalisiert an. Andererseits bedeutet aber auch in unseren Augen die einfache Verstaatlichung (Verländerung, Vergemeindung) noch nicht Nationalisierung. Sie wird es vielmehr erst, wenn den Angestellten, geistigen und körperlichen Arbeitern, Gewinnbeteiligung und Mitbestimmungsrecht eingeräumt werden (siehe den folgenden Abschnitt).

Was soll nun alles vergesellschaftet oder nationalisiert werden?

Die auf dem Boden des Marxismus stehenden Parteien verlangen die Umwandlung der gesamten Privatwirtschaft in Gesellschaftswirtschaft, d. i. den Kommunismus. Das „Programm der sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Österreich" (beschlossen zu Wien 1901) sagt darüber: „Immer mehr macht die Verdrängung der Einzelproduktion auch den Einzelbesitz überflüssig und schädlich, während zugleich für neue Formen genossenschaftlicher Produktion auf Grund gesellschaftlichen Eigentums an den Pro-